

Das dreckige Wasserschloss

Trinkwasser Der Kanton Bern hat ein massives Chlorothalonil-Problem. In viel mehr Trinkwasserfassungen als bisher bekannt finden sich Spuren des Pestizids. Das zeigen Recherchen dieser Zeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip.

Mathias Gottet und
Cedric Fröhlich

Es gibt Dinge in diesem Land, über die ist man sich einig. Wer in der Schweiz den Wasserhahn aufdreht, der erhält beste Qualität. Zum Beispiel. Was aber, wenn das vermeintlich Beständige ins Wanken gerät? In den letzten Monaten ist genau das passiert. Der Grund dafür ist ein Pflanzenschutzmittel mit dem komplizierten Namen: Chlorothalonil. Seit den 1970ern wurde das Mittel des Agrarmultis Syngenta auf Schweizer Feldern gespritzt, um Getreide und Gemüse vor Pilzbefall zu schützen. Es drang in die Böden ein, zersetzte sich und landete schliesslich auch im Grundwasser. Von dort beziehen weite Teile des Landes ihr Trinkwasser. Mittlerweile wissen wir: Der Wirkstoff kann Krebs verursachen.

Seit Beginn des Jahres ist der Gebrauch von Chlorothalonil untersagt. Doch der Schaden ist längst angerichtet. Auch im Kanton Bern werden seit Monaten Proben in Trinkwasser- und Quelfassungen genommen, um herauszufinden, wie stark die Verunreinigung ist. Hier und da tauchen Resultate auf. Die ganze Tragweite aber blieb der Öffentlichkeit verborgen. Bis jetzt.

Wir haben ein Problem!

Diese Zeitung hat vor zwei Wochen mittels eines Gesuchs um Akteneinsicht beim kantonalen Laboratorium die Liste der betroffenen Berner Trinkwasserdépôts verlangt. Das Labor versucht seit Monaten, einen Überblick über die Situation zu gewinnen. Es durfte seine Ergebnisse aufgrund einer Schweigepflicht im Lebensmittelgesetz aber nicht veröffentlichen. Dank des Gesuchs werden sie nun publik. Das Anliegen wurde gutgeheissen und die Liste ausgehändigt. Es zeigt sich: Das Berner Chlorothalonil-Problem ist wesentlich grösser als bislang bekannt.

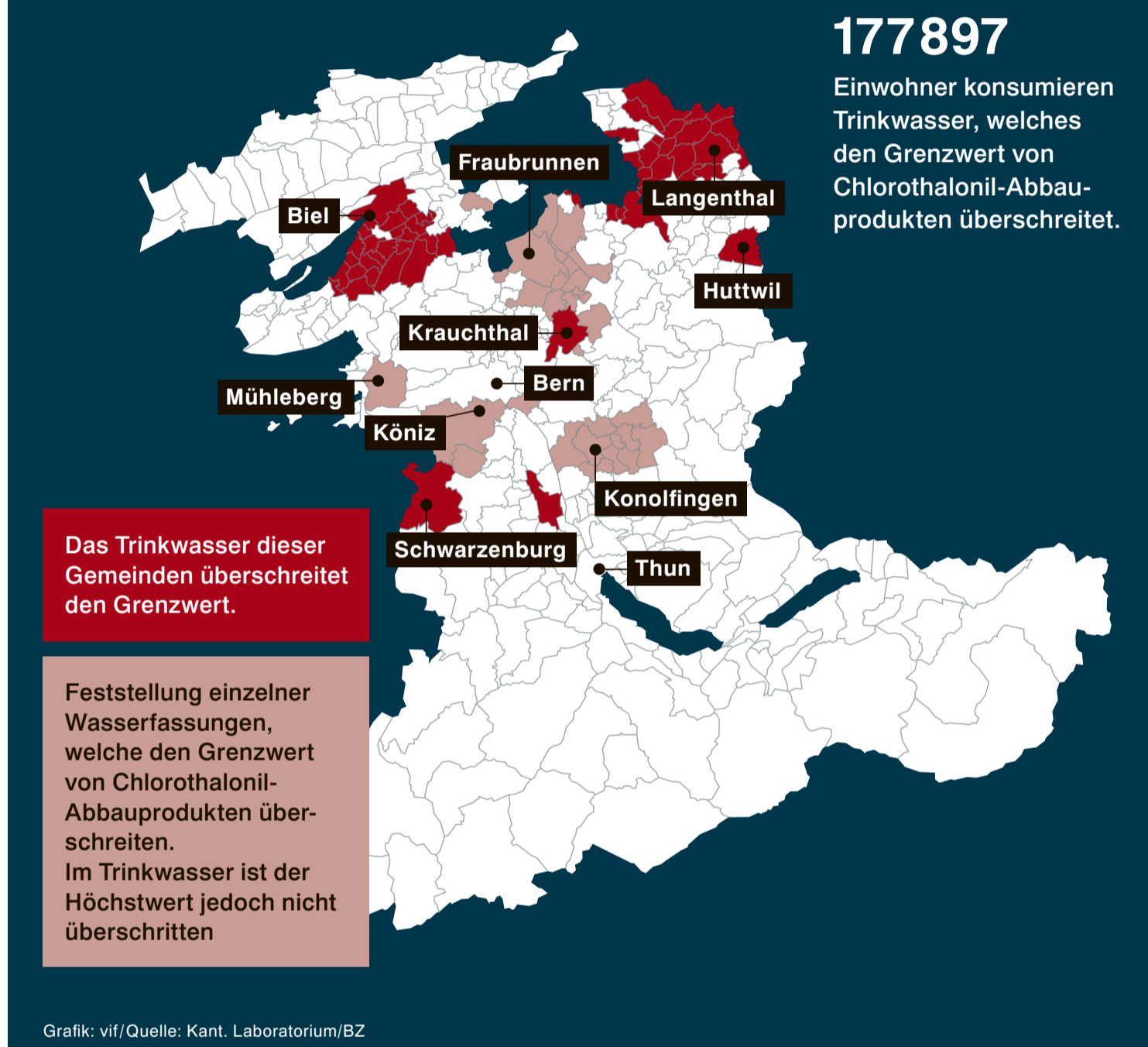
Gemäss der Liste wurden in insgesamt 36 Berner Grundwasser- und Quelfassungen Höchstwertüberschreitungen gemessen. Der Grossteil dieser Proben wurde zwischen dem 21. Oktober und dem 18. November 2019 erhoben. Weitere Recherchen in den betroffenen Gemeinden haben ergeben, dass die Liste nicht abschliessend ist. Auf Anfrage geben weitere Wasserversorger an, dass in der Zwischenzeit Überschreitungen in weiteren Anlagen festgestellt wurden. Zusammengezählt kommen mindestens 18 weitere Fassungen hinzu.

178 000 Betroffene

Aus der Liste sowie Dutzenden Gesprächen mit Wasserversorgern ergibt sich ein sehr unvorteilhaftes Bild des Kantons Bern. Über 80 Gemeinden hängen an einem Netz, an das mindestens auch eine verunreinigte Wasserfassung oder Quelle angeschlossen ist. Einige Gemeinden haben die betroffenen Fassungen geschlossen und können auf saubere zurückgreifen. Übrig bleiben über 50 Gemeinden, die keine Sofortmassnahmen einleiten konnten. Darunter grosse wie

In diesen Gemeinden wurde eine Chlorothalonil-Belastung festgestellt

Im Kanton Bern sind viel mehr Gemeinden betroffen als bisher angenommen. Dieser Überblick ist jedoch nicht abschliessend. Weitere Gemeinden werden noch hinzukommen.



Lyss. Und sehr grosse wie Biel. Insgesamt konsumieren über 178 000 Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Bern regelmässig Wasser, welches den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen nicht genügt.

Auch diese Erkenntnisse sind noch immer nicht abschliessend, aber sie stehen im krassen Widerspruch zu dem, was bislang an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Ursprünglich war von drei Fassungen im gesamten Kanton die Rede, später waren es sieben. Eine Kampagne des Verbandes der Schweizer Kantonschemiker berechnete noch im Herbst, dass in der gesamten Schweiz rund 169 000 Bewohnerinnen und Bewohner Wasser konsumieren, welches nicht dem Lebensmittelrecht entspricht. Nun sind es allein im Kanton Bern mehr.

Sorgenkind Seeland

Insgesamt bestätigt sich der Verdacht, dass das Problem auch im Kanton Bern dort am grössten ist, wo am intensivsten Ackerbau betrieben wird: im Seeland und im Oberaargau. In diesen Gebieten hat sich das Problem weiter verschärft. So erhielten die 20 Gemeinden, die an der Seeländische Wasserversorgung (SWG)

angeschlossen sind, bis vor kurzem noch Wasser, welches den Höchstwert nicht überschritt. Nun hat sich das Bild geändert. Wie Roman Wiget, Geschäftsführer der SWG, sagt, seien aktuell drei Fassungen in Betrieb. Auch solche, in denen der Höchstwert überschritten ist: «Zurzeit können wir die lebensmittelrechtlichen Vorgaben nicht einhalten.»

Bei keinem Wasserversorger des Kantons erhält man einen so tiefen Einblick in die Messdaten wie bei Roman Wiget. Er war einer der wenigen, die transparent informierten. Den Behörden war er oft einen Schritt voraus. So hat er ein Pilotprojekt gestartet, welches die Abbauprodukte von Chlorothalonil aus dem Wasser filtern soll. Mittels Umkehrosmose ist es möglich, die fraglichen Stoffe zu entfernen. Eine solche Anlage will sich die SWG nun beschaffen. Der Vorstand wird übernächste Woche über einen Kredit befinden. Kosten: eine Million Franken.

In diesem Punkt wird auch eine Grundsatzfrage verhandelt: Die Schweiz und ihre Versorger wollen ihr Wasser nicht aufbereiten. Es gibt Ausnahmen, etwa Basel, das sein Wasser aus dem Rhein bezieht. Generell aber sol-

len im Wasserschloss Schweiz keine energiefressenden und teuren Maschinen die Aufbereitung übernehmen.

Überforderte Versorger

Die Wasserversorger stehen unter Druck – und manche haben das noch gar nicht realisiert. Das hat auch mit der Komplexität der Materie zu tun. Nicht alle sind Teil eines grossen Gemeindeverbandes, der eigene Experten beschäftigt. In vielen kleineren Gemeinden verwalten Brunnenmeister im Nebenanamt die Quellen und Fassungen. Verbände wie Brunnenmeister entnehmen periodisch Proben und publizieren einmal im Jahr einen trockenen Bericht über die Trinkwasserqualität. Darin stehen Wasserhärte, Calcium- und Magnesiumgehalt. Jetzt müssen sie sich plötzlich mit Metaboliten wie R471811 auseinandersetzen. Einige sind damit sichtlich überfordert, verweigern die Auskunft, legen das Telefon einfach auf. Andere reagieren mit Transparenz. Und praktisch alle verlangen mehr Unterstützung vom Kanton. So etwa Jürg Bossi, Geschäftsführer der Wasserversorgung Saurenhorn. Im Quellwasser von Frienisberg konnte der

Stoff nachgewiesen werden, allerdings überschreitet er den Höchstwert nicht. Abstreiten will er die Verantwortung nicht, aber: «Es wäre hilfreich, wenn wir mehr Unterstützung vom Kanton erhalten würden.»

Auch Otmar Deflorin steht an der Front, die sich da aufgetan hat. Er sagt: «Bei diesen Substanzen ist es wie mit einem Kernkraftwerk.» Man stellt sie nicht einfach ab und gut ist. «Es gibt Altlasten. Im Falle von Chlorothalonil werden sie noch Jahre nach dem Verbot im Wasser nachweisbar sein.» Der Bündner Deflorin ist Berns Kantonschemiker und hat anstrengende Monate hinter sich. Es fing mit einer europäischen Studie an, die zum Schluss gekommen war, dass ein Abbauprodukt des Fungizids potenziell krebserregend ist. Dieser Stoff ist aber nur eine von insgesamt neun solcher Restanzen, sogenannten Metaboliten.

Wie mit den Restaurants

Der Bund kam Ende 2019 zum Schluss, dass Chlorothalonil per se als «wahrscheinlich krebserregend eingestuft werden muss». Fortan galten alle neun Grundwassermetaboliten als relevant. «Dadurch hat sich die Si-

tuation noch einmal deutlich verschärft», sagt Otmar Deflorin.

In der Zwischenzeit hatten viele Versorger ihre Fassungen auf ein Abbauprodukt untersuchen lassen, von dem man wusste, dass es problematisch ist. Gemäss Deflorin hat sich das kantonale Laboratorium Ende 2019 mehrere Proben nochmals angeschaut und festgestellt, dass die Zahl der betroffenen Versorger aufgrund der Neubeurteilung deutlich angestiegen ist.

Das Schweizer Lebensmittelrecht enthält einen Höchstwert für «relevante» Stoffe: 0,1 Mikrogramm pro Liter. Die Metaboliten sind erst ab einer deutlich höheren Konzentration gesundheitsgefährdend. «Vom Trinkwasser geht keine konkrete Gesundheitsgefährdung aus», versichert Deflorin. Es ist wie mit den Restaurants. Auch die müssen sich zuweilen an sehr strenge Auflagen halten. Wenn in der Küche mit abgelaufenem Öl gekocht wird, würden Sie daran nicht sterben. Aber würden Sie da wieder hingehen, wenn Sie davon wüssten?

Der Kanton hat potenziell gefährdeten Gemeinden und Versorgern angeboten, kostenlose Analysen durchzuführen. Das ist ungewöhnlich, denn eigentlich müssen sich die Versorger selbst kontrollieren. Das kantonale Laboratorium überwacht eigentlich nur diese Selbstkontrollen – mittels Stichproben.

Massive Informationslücken

Der Bund verordnet, der Kanton kontrolliert, die Gemeinden setzen um. Diese Rollenteilung geht so lange gut, wie die Probleme überschaubar sind: Wer wissen will, wie viel Kalk das Trinkwasser in der Wohngemeinde enthält, dem genügt ein halbseitiger Trinkwasserbericht auf der Gemeindeforum. Wenn plötzlich flächendeckend Höchstwerte überschritten sind, und das zeigt diese Recherche, geht die Information im Kleinräumigen unter.

Dazu drei Beispiele: Die Gemeinde Köniz hat als Antwort auf ein Rundschreiben des Kantons, wonach man unserem Gesuch stattgegeben habe, die Verunreinigung einer Wasserfassung kommuniziert. Gleichzeitig betont sie, man habe alles unter Kontrolle. Das ist beruhigend – für Köniz. Die zweitgrösste Stadt im Kanton, Biel, verschickte derweil eine Medienmitteilung, aber erst nachdem man die zuständigen Stellen auf ihre Trinkwasserqualität angesprochen hatte – nämlich gestern. Das kantonale Laboratorium schliesslich versicherte, die Wasserversorgungen und Gemeinden mit Messwerten über dem Höchstwert zu kennen. Nur, was nützt es der Öffentlichkeit, wenn diese Daten ohne das Gesuch einer Lokalzeitung gar nicht kommuniziert werden dürfen?

Die Gemeinden haben zwei Jahre Zeit, das Problem zu lösen. Manche mischen belastetes Trinkwasser mit sauberem. Oder haben verunreinigte Fassungen gleich ganz vom Netz genommen. Im Seeland und im Oberaargau aber kämpfen ganze Landstriche mit ein und demselben Problem. Sie können weder mischen, noch abschalten.